

# Osnabrücker Erklärung 2011



**Integration und Zuwanderung  
in Zeiten des Fachkräftemangels**

Osnabrück, 5./6. November 2011

## VORWORT

Die Junge Union Osnabrück-Emsland hat auf ihrem Bezirksdelegiertentag 2011 einen sogenannten Leitantrag zur Integrations- und Zuwanderungspolitik verabschiedet. Diese **Osnabrücker Erklärung** beschreibt die Vorstellungen der Jungen

Union, wie Deutschland als Einwanderungs- und Integrationsland aussehen sollte. Der Bezirksdelegiertentag ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Union Osnabrück-Emsland mit rund 2.000 Mitgliedern.

Wir wünschen viel Spaß bei der hoffentlich aufschlussreichen Lektüre.

Ihr



Benedict Pöttering, Bezirksvorsitzender



Thomas Uhlen, Bezirksgeschäftsführer

## I. EINLEITUNG

Deutschland befindet sich in Zeiten eines wachsenden Fachkräftemangels: Die deutsche Industrie, das Handwerk, aber auch Dienstleistungsunternehmen und öffentliche Verwaltungen beklagen, dass viele Stellen mangels ausreichend qualifizierter Bewerber nicht besetzt werden können.

Diese Entwicklung wird durch den demographischen Wandel verstärkt. Die geburtenstarken Jahrgänge werden in den nächsten zwei Jahrzehnten in Ruhestand gehen und eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen, die die nachfolgende Generation nicht vollständig schließen kann.

Besonders Ingenieure, medizinisches Personal und Kräfte für mathematisch-naturwissenschaftliche Berufe sind gefragter denn je.

Deutschland scheint für diese Berufsgruppen als Zuwanderungsland wenig attraktiv zu sein: Die Sprache ist schwierig zu erlernen und die im Ausland erworbenen Qualifikationen werden oft

nicht in vollem Umfang anerkannt.

Nach den Vorhersagen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, werden 2030 rund 5,5 Millionen Fachkräfte fehlen.

Im Jahr 2050 wird Studien zufolge einem Rentner nur noch ein Arbeitnehmer gegenüberstehen. Dies kann sich zu einer Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden unseres Landes entwickeln.

Deutschland hat in der Vergangenheit und in der Gegenwart – mit Erfolg – auf gut ausgebildete Fachkräfte und hoch entwickelte Technologien gesetzt. Dadurch steht „Made in Germany“ weltweit für höchste Qualitätsstandards. Deutsche Produkte sind Exportschlager.

Was aber soll die Bundesrepublik Deutschland als rohstoffarmes Land in Zukunft verkaufen, wenn für die Entwicklung und Produktion von Gütern und für das Angebot von Dienstleistungen kluge Köpfe und gut ausgebildete Fachkräfte fehlen?

Zuwanderung qualifizierter Ausländer, eine verbesserte Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt und die Anerkennung von gleichwertigen ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen werden neben einer verbesserten Bildung, Ausbildung und Weiterbildung junger Menschen wichtige Bestandteile der Antwort auf den Fachkräftemangel sein.

Zugleich dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, Zuwanderung und Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten.

Grundlegende Fragen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, von Identität und gemeinsamen Werten müssen beantwortet werden, bevor über Sinn und Zweck von Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen diskutiert werden kann.

Um einen Beitrag zu einer ganzheitlichen Diskussion zu diesem wichtigen Thema zu leisten, formuliert die JUNGE

UNION Osnabrück-Emsland in diesem Antrag Thesen zu einer zukünftigen Integrations- und Zuwanderungspolitik in Zeiten des Fachkräftemangels.

## **II. INTEGRATION ALS CHANCE**

Politik und Gesellschaft dürfen nicht vergessen, sich mit dem Thema Integration auseinanderzusetzen. In diesem Fall muss das Augenmerk auf die in Deutschland bereits lebenden Menschen mit Migrationshintergrund fallen.

Integrationsförderung kann dazu beitragen, Menschen mit Migrationshintergrund bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, dem Fachkräftemangel auf diese Weise zu begegnen und sie mit den zentralen Werten und Normen der deutschen Gesellschaft vertraut zu machen.

Darüber hinaus nutzt Arbeit nicht nur der Gesellschaft:

Arbeit ist für den einzelnen ein sinnstiftendes Element und Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe.

### **III. DIE DEUTSCHE SPRACHE ALS VORAUSSETZUNG ZUR WAHRNEHMUNG VON BILDUNGSSCHANCEN**

Integration darf nicht erst im Erwachsenenalter beginnen: Das Fundament für einen erfolgreichen Start in die deutsche Gesellschaft und für berufliche Perspektiven sind eine gute Ausbildung und das dafür notwendige Erlernen der deutschen Sprache schon im Kindesalter.

Deshalb fordert die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland eine für alle verbindliche Sprachüberprüfung im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung U7A.

Falls bei der Sprachüberprüfung gravierende Defizite festgestellt werden, müssen verpflichtende Deutschkurse besucht werden. Diese Sprachförderung sollte in enger Vernetzung mit allen anderen Entwicklungsbereichen und in diesem Sinne ganzheitlich sein. Denn mit betroffenen Kindern nur die vermeintlichen Defizite „wegzuüben“, bringt zumeist nicht den gewünschten Erfolg.

Kinder, die trotz dieser frühzeitigen Förderung zum Zeitpunkt der Einschulung noch nicht über hinreichende Sprachkenntnisse verfügen, sollten für ein Jahr einen Vorschulkindergarten besuchen, der den Schwerpunkt auf die Förderung der Sprachfähigkeiten setzt. Sprachfähigkeit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildung und die Teilhabe an der Gesellschaft.

Auch die Eltern sind hier in der Pflicht. Soweit notwendig sollte die Sprachförderung während der Schulzeit grundsätzlich fortgeführt werden, da es in der Vorschulzeit meist nicht gelingt, eine grundlegende Ausweitung und Differenzierung der gesprochenen Sprache zu bewerkstelligen.

### **IV. INTEGRATION WÄHREND DER SCHULZEIT**

Ebenfalls von hoher Bedeutung ist es, dass alle Schüler, ab einem bestimmten Status ihrer Religion, Religionsunterricht erhalten, der ihnen diese – auch vor dem Hintergrund des Zusammenlebens in Deutschland und der Werte des Grundgesetzes – fundiert nahebringt

Wie auch im heutigen christlichen Religionsunterricht, gehört dazu die Auseinandersetzung mit den jeweils anderen Weltreligionen.

Wer seine religiösen und kulturellen Wurzeln nicht kennt, wird kein solides Wertefundament für sein Leben in unserer Gesellschaft entwickeln können. Dieses ist Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland begrüßt deshalb, dass seit dem Jahr 2010 an der Universität Osnabrück islamische Theologie gelehrt wird und fordert eine fortdauernde konsequente Überprüfung dieser Lehrtätigkeit und der Lehrtätigen.

Dank dieser Ausbildung kann langfristig islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht angeboten werden. Bisher kommen muslimische Geistliche, Imame genannt, in der Regel für nur wenige Jahre aus ihren Heimatländern nach Deutschland. Sehr oft ist ihnen die Lebenswirklichkeit in Deutschland völ-

lig fremd. Einige von ihnen verbreiten Ansichten und Koraninterpretationen, die mit dem gesellschaftlichen Leben und der Rechtsordnung in Deutschland nicht im Einklang stehen. Diesem gilt es konsequent zu begegnen, um neue Parallelwelten zu verhindern und bestehende abzubauen.

Des Weiteren unterstützt die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland ehrenamtliches Engagement – beispielsweise durch Senioren – zur Unterstützung von Schulkindern mit Migrationshintergrund bei den Hausaufgaben.

In einigen Fällen sind die Eltern nicht in der Lage, den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen, weil sie die deutsche Sprache nicht hinreichend verstehen oder aus anderen Gründen überfordert sind.

Die Kommunen sollten, soweit möglich, Unterstützungsleistungen, z.B. durch das Bereitstellen geeigneter Räumlichkeiten in Jugendzentren, erbringen.

Ein Engagement in Vereinen muss für jedes Kind offen und möglich sein.

## **V. GEMEINSAMES WERTVERSTÄNDNIS DEFINIEREN**

Die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland begrüßt das bereits bestehende Angebot an Integrationskursen. Integrationskurse sind verpflichtend für einen Ausländer,

- der sich nicht zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann,

- oder zum Zeitpunkt der Erteilung eines Aufenthaltstitels nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt,

- oder Sozialleistungen bezieht und die Teilnahme am Integrationskurs in einer Eingliederungsvereinbarung nach Sozialhilferecht vorgesehen ist,

- oder er in besonderer Weise integrationsbedürftig ist und die Ausländerbehörde ihn zur Teilnahme am Integrationskurs auffordert.

Bei fehlender Teilnahme kann dem Ausländer die Aufenthaltsgenehmi-

gung entzogen werden. Die Zahlung eines Zwangsgeldes befreit nicht von der verpflichtenden Teilnahme an dem entsprechenden Integrationstest. Von diesen Möglichkeiten muss konsequent Gebrauch gemacht werden; deshalb bedarf es auch der Vorhaltung ausreichender Kapazitäten vor Ort, einer Vereinheitlichung von Qualitätsstandards und umfassender Qualitätskontrollen.

Die Integrationskurse fördern das Erlernen der deutschen Sprache in Wort und Schrift und sollen überdies Grundlagen der deutschen Verfassungs- und Rechtsordnung sowie Kenntnisse über unsere Geschichte und Kultur vermitteln.

Hierbei sollte dem Kursleiter bewusst sein, dass er eine Schlüsselfunktion für eine gelungene Integration hat. Deshalb muss eine entsprechende Qualifikation in den oben aufgeführten Aspekten vorhanden sein.

Darüber hinaus sind auch weitere Initiativen und Projekte denkbar, beispielsweise Integrationslotsen zur Begleitung von Immigranten, niederschwellige

Frauenkurse, Sprachferriencamps für Kinder und Jugendliche. Alle in Deutschland lebenden Menschen müssen durch ein gemeinsames Wertefundament, das dem Grundgesetz und dem christlichen Menschenbild entspricht verbunden sein. Nur so können Werte, die nationale Identität und die Sprache als Grundlage der Gesellschaft an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden.

## **VI. BESSERE BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR ZUWANDERER SCHAFFEN**

Integrationswilligen und leistungsbe-reiten Zuwanderern muss in Deutschland eine berufliche Perspektive offen stehen. Neuerdings ist ein Trend zu beobachten, dass viele gut ausgebildete Migranten, vor allem Bürger mit türkischem Migrationshintergrund, in ihr Herkunftsland zurückkehren. Dies wird von Politik und Medien nicht in angemessener Form wahrgenommen.

Es wird deutlich: Die deutsche Gesellschaft darf nicht nur fordern, was die Migranten zu tun und zu lassen haben,

sondern muss selbst reflektieren, wie das gesellschaftliche Miteinander und die Chancen für Migranten auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden können.

Wenn ein Mitbürger mit Migrationshintergrund trotz besserer Qualifikation als ein deutscher Mitbewerber für einen Arbeitsplatz abgelehnt wird, schafft das Frustration und ein Gefühl der Ausgrenzung.

Ein friedvolles Miteinander kann nur funktionieren, wenn jedem unabhängig von seiner Herkunft der Weg in die Gesellschaft geöffnet ist. In diesem Sinne fordert die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft dazu auf, vermehrt darauf zu achten, Zuwanderern eine berufliche Chance zu geben. Diskriminierungen wegen der Herkunft eines Bewerbers sind nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aus guten Gründen rechtswidrig und können zu Schadensersatzansprüchen gegen den Arbeitgeber führen. Eine Ausländerquote lehnen wir in diesem Zusammenhang aber ab. Ebenso sind Maßnahmen der Gesetzgebung wie verpflichtende



anonyme Bewerbungen nicht hilfreich, da dadurch die Vorteile einer persönlichen Bewerbung entfallen würden.

Die konsequente Umsetzung der bestehenden Regeln steht im Vordergrund. Insbesondere im Bildungssystem sind Zuwanderer auch von wichtiger Bedeutung.

Zum Beispiel können Lehrer mit Migrationshintergrund ihre Schüler mit Zuwanderungsgeschichte häufig besser verstehen und auf Probleme reagieren.

Auf der anderen Seite sind sie ein Vorbild dafür, dass eine erfolgreiche Integration möglich ist und dass man sich in die Gesellschaft einbringen kann.

Als positives Beispiel hervorzuheben ist die Rekrutierungsstrategie der niedersächsischen Polizei, die vermehrt auf Zuwanderer setzt. Diese Polizisten können im besten Fall die Muttersprache eines straffälligen Zuwanderers sprechen und so einen wichtigen Beitrag zu Vernehmungen leisten. Auch kennen sie sich in den Kulturkreisen eines Straftäters mit Migrationshinter-

grund aus und verstehen Denk- und Arbeitsweisen oft besser.

Daneben sind Polizisten Vorbilder, da sie sich mit großem Engagement, manchmal sogar mit Gefahr für Leib und Leben, für die Grundwerte unserer Gesellschaft einsetzen.

## **VII. DAS ZUWANDERUNGSRECHT ANPASSEN**

Der bestehende Fachkräftemangel lässt sich ohne Zuwanderung langfristig nicht vollständig lösen.

Eine Diskussion darüber, ob Deutschland ein Zuwanderungsland ist, verzögert konkretes Handeln.

Vielmehr muss für qualifizierte Facharbeiter gesorgt werden, um die Wirtschaftskraft und die Sozialsysteme auch in Zukunft auf ein solides Fundament zu stellen. In dieser Hinsicht können wir von anderen Nationen lernen.

Die JUNGE-UNION Osnabrück-Emsland fordert in diesem Zusammenhang ein Punktesystem nach kanadischem

Vorbild:

Je nach Lage auf dem Arbeitsmarkt sollte eine transparente Mindestpunktzahl festgelegt werden, die ein Einwanderer für die Erteilung einer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung erreichen muss.

Die Punktzahl muss sich zusammensetzen aus Bildungsabschluss, Kenntnissen der deutschen Sprache und Alter.

Ein verbindliches Arbeitsangebot sollte die persönliche Punktzahl des Einwanderungsinteressierten erhöhen. Ansatzpunkt für eine Neuregelung kann auch die Einkommensgrenze sein. Darunter versteht man ein bestimmtes Mindestjahresgehalt, das Zuwanderer vorweisen müssen, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen.

Die aktuelle Einkommensgrenze für Migranten von 63.600 € sollte – abhängig von dem durchschnittlichen Einstiegsgehalt in der jeweiligen Branche – herabgesetzt werden, damit Deutschland gerade für ausländische Berufsstarter, die über eine hochwertige Ausbildung,

einen Studienabschluss verfügen oder sogar in Deutschland studiert haben, interessanter wird. Im Interesse unserer Volkswirtschaft gilt es, Zuwanderungshürden abzubauen.

Gleichzeitig müssen Anforderungen dergestalt bemessen sein, dass eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme möglichst vermieden wird.

In Deutschland leben derzeit Zehntausende geduldete Flüchtlinge; viele von Ihnen durch unsägliche Kettenduldungen bereits seit vielen Jahren.

Die JUNGE UNION Osnabrück-Emsland fordert eine Integration vom ersten Tag an, die die spezifischen Fähigkeiten der Flüchtlinge in den Vordergrund stellt und ihnen die Perspektive gibt, sich mit ihren Qualifikationen in den deutschen Arbeitsmarkt und langfristig auch in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

## **VIII. OFFENSIVE WERBUNG FÜR DEUTSCHLAND ALS ZUWANDERUNGSLAND**

Die Öffnung des EU-Binnenmarktes hat nur eine geringe Zahl von EU-Ausländern nach Deutschland gebracht.

Doch aufgrund der Wirtschaftsrezession in einigen europäischen Ländern besteht die Aussicht, mehr Europäer als Zuwanderer für unseren Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Diese Chance darf die Bundesregierung nicht verstreichen lassen. Deutschland muss sich nach außen noch offener für Zuwanderer darstellen und offensiv für diese und um diese werben.

So ist es denkbar, gezielt Werbekampagnen für Deutschland als Zuwanderungsland an ausländischen und inländischen Universitäten zu schalten.

Ebenso gilt dies auch für eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften, z.B. im sozialen und pflegerischen Bereich.

Außerdem fordern wir ein attraktives Angebot von Deutschkursen im Ausland, da für viele Zuwanderer die deutsche Sprache ein Zuwanderungshemmnis darstellt.

## **Impressum**

JUNGE UNION - Bezirksverband  
Osnabrück-Emsland

Rolandsmauer 11  
49074 Osnabrück

Telefon (0541) 57067  
Fax (0591) 957999

[www.ju-osel.de](http://www.ju-osel.de)

Inhaltlich Verantwortlicher:  
Bezirksvorsitzender Benedict Pöttering  
(V.i.S.d.P.)